



Rede

**des wirtschafts-, mittelstands- und
energiepolitischen Sprechers
der CDU-Landtagsfraktion,
Hendrik Wüst MdL**

im Plenum des Landtags NRW

am 08. Dezember 2011

TOP 3 – RAG-Stiftung ist kein Ersatz für die wirtschaftspolitische Orientierungslosigkeit der Landesregierung

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zunächst ein Zitat aus § 2 der RAG-Stiftungssatzung. Darin geht es um den Zweck der Satzung. Am Ende von Absatz a wird zum Zweck ausgeführt: „... die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Kultur in den Bergbauregionen an Ruhr und Saar, soweit dies im Zusammenhang mit dem deutschen Steinkohlenbergbau steht; ...“.

Anlass unserer heutigen Debatte ist ein Interview des Vorsitzenden der SPD-Fraktion, des Kollegen Norbert Römer, vom 04.11. in der „Rheinischen Post“, in dem jedenfalls zumindest der Eindruck erweckt wird, dass dieser Zusammenhang in Zukunft aufgelöst werden soll. Das riecht, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ganz verdächtig danach, als wolle Rot-Grün in die alten Fehler der eigenen Vergangenheit zurückfallen, in der man mit der WestLB und anderen versucht hat, im Land flächendeckend mit Milliarden Strukturpolitik zu machen. Als das Geld langsam zur Neige ging, ist man – insbesondere zu Zeiten von Herrn Clement – auf eine Leuchtturmpolitik umgeschwenkt, für die nur symbolisch der Skandal HDO steht.

Meine Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme aus dem Münsterland, aus einer Region, in der wir Anfang der 80er-Jahre nach der Textilkrise 20 Prozent Arbeitslosigkeit hatten. Man darf nun wirklich nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, aber es gibt etwas, was die Situation von damals mit der heutigen Situation, was diesen einen Punkt anbelangt, durchaus vergleichbar macht. Es gab damals in meiner Heimatregion in der Metall- und Elektroindustrie sowie in der Ernährungsindustrie bzw. Ernährungswirtschaft das, was wir heute flächendeckend sehen, nämlich einen Fachkräftemangel. Viele der arbeitslos gewordenen Textilarbeiter kamen in teilweise sogar besser bezahlten Jobs gut unter.

Die Aufgabe in unserer Zeit besteht deshalb darin, dafür zu sorgen, dass wir dem Fachkräftemangel durch Weiterbildung, bessere Schulen, Wissenschaft und Universitäten begegnen, um damit dem immer schneller werdenden Wandel in der Beschäftigungsstruktur Rechnung zu tragen. Das ist Aufgabe des Landes bzw. verschiedener Politikfelder. Sie müssen da adäquat handeln. Wenn ich mir beispielsweise Wissenschaft/Innovationen anschau, wird offensichtlich, dass Sie Ihr Versprechen nicht eingehalten haben, die ausfallenden Studiengebühren auszugleichen. Sie suchen jetzt offensichtlich nach ganz anderen Töpfen, um diese Versprechen einzulösen.

Wir haben jetzt anderthalb Jahre Wirtschaftspolitik dieser Regierung erlebt. Es wäre, finde ich, einmal an der Zeit, die Frage zu beantworten, was eigentlich die wirtschaftspolitische Leitlinie dieser Landesregierung ist. Wo gibt es einen Masterplan oder einen Initiativenkatalog usw.? Die gleiche Frage muss man nicht nur an den Wirtschaftsminister richten, sondern auch, was ihren Fachbereich angeht, an Frau Schulze. Ich fürchte, dass selbst den Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen und in der Regierung aufgefallen ist, dass diese Fragen bisher unbeantwortet geblieben sind. Man hat den Eindruck, dass Sie jetzt in Anbetracht dieser Lücke auf die alten Rezepte zurückgreifen wollen.

Aufgabe der RAG-Stiftung ist es aber, Treuhänderin für die öffentliche Hand zu sein, um die öffentlichen Haushalte von den Ewigkeitslasten des Bergbaus freizustellen.

Es gilt das gesprochene Wort!

Das heißt, wer heute nach den Mitteln der RAG-Stiftung greift, wer ihr heute Mittel entzieht, der belastet die öffentliche Hand in der Zukunft, was nichts anderes ist als die Fortsetzung Ihrer Verschuldungspolitik mit anderen Mitteln. Die RAG-Stiftung hat bis heute einen ganz hervorragenden Job gemacht, und wir sollten alle dankbar dafür sein, dass sie ihn so unpräzise, unauffällig und auch unpolitisch gemacht hat.

Schauen wir uns einmal die Zahlen an: Knapp anderthalb Milliarden Euro wurden über die Veräußerung von 25,01 Prozent Evonik-Anteil erwirtschaftet. 2018 sind noch 1,5 Milliarden Euro von der RAG AG zu erwarten. Das sind knapp 3 Milliarden Euro. Mit Zinsen kommt man vielleicht auf etwas mehr als 3 Milliarden Euro. Der Bedarf allerdings liegt bei 8,4 Milliarden Euro. Da ist also noch eine ganz erhebliche Lücke zu schließen. Wird diese Lücke nicht geschlossen, kann man aus den Kapitalerträgen der prognostizierten 8,4 Milliarden Euro, die es dann ja nicht sind, die Ewigkeitslasten nicht bestreiten, und man fängt an, die bis dahin aufgehäufte Substanz Stück für Stück aufzuzehren, was uns am Ende auf die Füße fallen wird.

Der geplante Börsengang im Sommer 2012, wenn ich es richtig sehe, findet in einem Umfeld statt, das ich Ihnen nicht beschreiben muss. Wenn man die Kapitalmärkte mit volatil beschreibt, ist man, glaube ich, nicht ganz daneben.

Wer in dieser Lage, die nicht wirklich übermäßig komfortabel ist, Geld aus dem Topf nehmen will, das noch nicht einmal drin ist, handelt schlicht unverantwortlich. Deshalb mein Appell und deshalb unser Antrag: Gefährden Sie nicht den sozialverträglichen Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle! Gefährden Sie nicht die Tragfähigkeit eines historischen Kompromisses! Gefährden Sie nicht die verlässliche Perspektive für die betroffenen Mitarbeiter und ihre Familien und die verlässliche Perspektive für die Region! Widerstehen Sie der Versuchung, in alte Zeiten eines Friedel Neuber zurückzufallen! Stellen Sie etwaige Planungen ein, die RAG-Stiftung als Ersatz für eine mäßige Wirtschaftspolitik aufzubohren. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.